

Sektion Recht

Susanne Bayer
Sachbearbeiterin

susanne.bayer@bmlrt.gv.at
+43 1 71100/602132
Fax +43 1 513 16 790
Stubenring 1, 1010 Wien

An die
Parlamentsdirektion
Dienst 1 – Nationalratsdienst

Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.839.493

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)49/PET-NR/2020

Petition Nr. 49 "Sicherheit für die Lebensmittelproduktion im Bezirk Leoben durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft."

Sehr geehrter Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus nimmt zur Petition Nr. 49 "Sicherheit für die Lebensmittelproduktion im Bezirk Leoben durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft." wie folgt Stellung:

Die Landwirtschaft ist wie kaum ein anderer Sektor unmittelbar von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Schon immer waren und sind besondere Witterungsbedingungen und damit auftretende Folgeerscheinungen eine große Herausforderung für die landwirtschaftlichen Betriebe. Daher hat sich das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus stets für einen Ausbau und eine Weiterentwicklung des österreichischen Agrarversicherungssystems eingesetzt und in seinem Handlungsbereich eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Die öffentliche Bezuschussung der Agrarversicherungsprämien in Höhe von 55 Prozent gegen die wichtigsten widrigen Witterungsverhältnisse, wie beispielsweise Dürre, stellt eine wesentliche Grundlage für eigenverantwortliche Risikovorsorge durch österreichischen Landwirtinnen und Landwirte dar. Das Versicherungsangebot wurde kontinuierlich ausgebaut und laufend dem Bedarf entsprechend angepasst. So wurden in den letzten Jahren beispielsweise die angesprochenen innovativen Dürreindexversicherungen entwickelt.

Seitens des Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus ist aus fachlicher Sicht grundsätzlich nichts gegen eine Ausweitung des Netzes der Wetterstationen einzuwenden.

Der Betrieb von Wetterstationen sowie die Installation weiterer Wetterstationen obliegt jedoch der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und fällt somit in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

18. Januar 2021

Für die Bundesministerin:

Dr. Franz Jäger

Elektronisch gefertigt